Abendausgabe

Nr. 570 ♦ 41. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 285

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Goldpfennig

Mittwoch
3. Dezember 1924

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Die gute, alte Zeit.

„Exzellenz" und „Luftfahrerdank". — Bereicherung aus Mitleidsspenden!

In der Wahlzeit redet die deutschnational-kommunistische Kumpanei sehr viel von Mißwirtschaft und „Korruption", die sich angeblich in der Republik bemerkbar mache. Wir nehmen an, daß sie sich bei ihrer moralischen Entrüstung hin und wieder auch interessiert für Ereignisse, die sich in der orden- und titelgesegneten Kaiserzeit abspielten. Aus der Fülle des uns vorliegenden Materials geben wir heute zur Erbauung aller Monarchisten einen besonders charakteristischen Fall der Oeffentlichkeit bekannt.

Im Jahre 1913 wurden die Fürsorgebestrebungen für deutsche Luftfahrer und ihre Hinterbliebenen in einer auf freiwillige Beiträge angewiesenen „Luftfahrerstiftung" zusammengefaßt. Um diese Stiftung mit größeren Geldmitteln auszustatten, gründeten die leitenden Persönlichkeiten eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter dem Namen

„Luftfahrer-Dank G. m. b. H.",

die nach ihren Satzungen allerlei Geschäfte betreiben sollte, um Mittel zur Förderung der Luftfahrt und der Luftfahrerfürsorge zu beschaffen. Diese G. m. b. H. wurde mit einem fiktiven Kapital von 20 000 M. eingetragen. Die erwähnte „Luftfahrerstiftung" wurde im Februar 1915 in einen eingetragenen Verein umgewandelt, der den Namen **„Luftfahrerdank E. V."** annahm. Nach seinen Satzungen sollten die Mittel des eingetragenen Vereins durch **vertragliche Ueberweisung des Reinertrages** der „Luftfahrer-Dank G. m. b. H." oder ihrer Rechtsnachfolger beschafft werden.

Die „Luftfahrer-Dank G. m. b. H." versicherte auf ihren Briefbogen regelmäßig: **„Der Reingewinn fließt statutengemäß dem Luftfahrer-Dank zu"** oder **„der Reingewinn dient der Luftfahrerfürsorge".** Durch diese Versicherung haben sich bedeutende Firmen und Private zu sehr erheblichen, oft in die Zehntausende von Mark gehende Stiftungen bewegen lassen, um damit den Luftfahrern eine Unterstützung zuteil werden zu lassen. Mit dem patriotischen Mäntelchen umgehen, gelang es der „Luftfahrer-Dank G. m. b. H.", während des Krieges sehr bedeutende Geschäfte zu machen, namentlich auch Heeresaufträge zu erhalten und umfangreiche Vermittlungsgeschäfte abzuschließen. Als einem „Wohlfahrtsunternehmen" war dieser Gesellschaft vom Bundesrat auch Steuerfreiheit gegeben worden!

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung wurde errichtet von einem gewissen Rasch und dem

General Exzellenz von der Goltz.

Lebenslänglicher **einziger** Verwaltungsrat war der General Exzellenz von der Goltz. Jeder der Geschäftsteilhaber sollte die Hälfte des Stammkapitals einzahlen, also jeder 10 000 M., aber **weder Rasch noch der General Exzellenz von der Goltz haben auch nur einen Pfennig Stammkapital geliefert.** Vielmehr begann die Gesellschaft ihre einträgliche Tätigkeit mit einem Kapital von 5000 M., das die vorher bestehende nicht rechtsfähige Luftfahrerstiftung aus ihren Wohltätigkeitseinnahmen geliehen hatte.

Geradezu erschreckend ist die Art, mit welcher Rücksichtslosigkeit die Teilhaber dieser Wohltätigkeitsgesellschaft mit beschränkter Haftung

aus der allgemeinen Liebesgabensammlung ihre Privatgeschäfte

gemacht haben. Nach den Satzungen der G. m. b. H. sollten von den Gewinnen der Gesellschaft zunächst höchstens 10 Proz. einem Reservefonds überwiesen werden, bis dieser die Höhe von 10 Proz. des Stammkapitals erreicht hätte. Danach sollten die Bareinlagen der Gesellschafter (die sie gar nicht gemacht hatten) bis 4 Proz. verzinst werden, sodann die Geschäftsführer und Angestellten die ihnen „vertragsmäßig", nicht satzungsgemäß festgelegte Tantieme erhalten und schließlich der Rest des Reingewinns den Wohlfahrtseinrichtungen des Deutschen Luftfahrerverbandes, später dem „Luftfahrerdank E. V." zufließen. Kurz vor Kriegsausbruch hatte der Mitbegründer Rasch seine Anteile an der Gesellschaft einem gewissen Auffarth übergeben, der nun an seiner Stelle Geschäftsführer der G. m. b. H. wurde. Im April 1915 änderten die beiden neuen Inhaber der G. m. b. H., Auffarth und General Exzellenz von der Goltz die Satzungen ihrer Gesellschaft, wonach außer den vorher erwähnten Abgaben für Reservefonds, Verzinsung und Tantiemen **von dem Gewinn der Gesellschaft erst 50 Proz. als Betriebskapital** verwendet und nur die restlichen 40 Proz. des überschüssigen Gewinnes dem eingetragenen Verein überwiesen werden sollten.

Um welche Summen es sich dabei handelt, mögen folgende Zahlen erweisen: Vom Herbst 1914 bis 30. Juni 1915 hatte die Gesellschaft einen **Reingewinn von 192 000 M.**, im Geschäftsjahre 1916/17 **einen solchen von 75 673,99 M.** Der „Luftfahrerdank E. V.", der ursprünglich den gesamten Reingewinn der Gesellschaft erhalten sollte, hat von den Gewinnen der G. m. b. H. nicht einen Pfennig erhalten!

Aus dem Vertrieb von Wohlfahrtsmarken, die ferienweise an das Publikum mit Briefen des Generals Exzellenz von der Goltz unter der Angabe verschickt wurden, daß der gesamte Gewinn dem „Luftfahrerdank E. V." zufalle, hat der letztere **nicht das Geringste erhalten, trotzdem die Einnahmen allein aus den Wohlfahrtsmarken sich auf die nette Summe von 672 907,20 M.** beliefen. Ebenso wenig erhielt der „Luftfahrerdank" etwas von den erheblichen Erträgen der

Nagelung des hölzernen Hindenburg-Denkmals

und umfangreicher Sammlungen bei sächsischen Industriellen. Aus diesen Gewinnen bereicherten sich **außer dem genannten Auffarth** mehrere „Freiherren" und auch der General Exzellenz von der Goltz. Dabei berichtete dieser General dem Polizeipräsidium wiederholt, daß die G. m. b. H. ihren gesamten Reingewinn jährlich dem eingetragenen Verein überweise!

Der General Exzellenz von der Goltz, der nach außen als **ehrenamtliches Vorstandsmitglied** fungierte, bezog außer der Verzinsung seines nicht eingezahlten Betriebskapitals eine **monatliche Entschädigung von 500 M.**, also jährlich 6000 M., trotzdem er nicht weniger als **13 470 M. Pension jährlich einnahm,** und seine gesamten Einnahmen sich, nach seiner eigenen Steuererklärung, im Jahre 1916 auf über 22 000 M., in den beiden folgenden Jahren auf annähernd 20 000 M. beliefen.

Außer den 6000 M. Gehalt ließ sich General von der Goltz für das Geschäftsjahr 1915 noch eine Tantieme von 23 101,45 M. überweisen. Im Jahre 1917 betrug diese Tantieme 9080,88 M. Von dieser Tantieme von 23 000 M. hat der General endlich seinen Stammanteil mit 10 000 M. eingezahlt. Es ergibt sich also, daß diese Säule des alten Militärsystems aus dem Reingewinn einer Gesellschaft, der restlos an ein Wohltätigkeitsunternehmen fließen sollte, erst das Stammkapital der Gesellschaft selbst auffüllte!

Das ist eine Art der

Bereicherung aus Mitteln der Wohltätigkeit,

wie sie schmachvoller kaum jemals erdacht werden kann. Daß sich der General Exzellenz von der Goltz des wahren Charakters dieser Art Geschäfte bewußt war, geht daraus hervor, daß er **sowohl sein „Gehalt" wie die sehr erheblichen Tantiemen bei seinen Steuererklärungen vorsichtig verschwieg.** Daß dieser General neben seinen riesigen Einnahmen aus Pension, Gehalt und Tantieme sich auch noch wiederholt Darlehen im Betrage von 20 000, 6000 und 4000 M. aus der Kasse der Gesellschaft geben ließ, ergänzt nur das Gesamtbild.

Der Patriotismus der Bevölkerung wurde zur nackten Bereicherung von Privatpersonen benutzt. Das beweist besonders folgender, wohl einzigartiger Vorgang:

Die „Luftfahrerdank G. m. b. H." vertrieb auch Postkarten mit dem Bilde deutscher Heerführer und ersuchte die Empfänger dieser Karten um Zahlung eines Preises, den sie versprach, dem „Luftfahrerdank E. V." auszuhändigen. Unter diesen Postkarten war auch eine mit dem Bilde des Generals Exzellenz von der Goltz, die dieser aus eigenen Mitteln hatte herstellen lassen. Deshalb hielt es dieser Ehrenmann für sein gutes Recht, die sämtlichen Eingänge für Postkarten mit seinem Bilde in seine eigene Tasche zu stecken, also dem Wohltätigkeitsunternehmen für Luftfahrer auch nicht einen Heller davon zukommen zu lassen!

Alle, die an diesem Wohltätigkeitsschwindel beteiligten Personen waren ihrer Stellung und sozialen Lage nach **monarchisch bis auf die Knochen** und sind heute höchstwahrscheinlich **deutschnational!**

Der Geschäftsführer Auffarth ist wegen Untreue inzwischen zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der Ehrenpräsident, Teilhaber und Verwaltungsrat der G. m. b. H. — General Exzellenz von der Goltz ist nicht verurteilt. Er wird am 7. Dezember, wenn überhaupt, deutschnational wählen!

Es war wirklich eine „herrliche Zeit", in die uns Wilhelm II. führte. Und herrlich waren die Mannen, die sein System nach außen repräsentierten. General Exzellenz von der Goltz könnte davon manches erzählen, wenn er nicht, wie bei der Steuererklärung sich zeigte, besonders schweigsamer Natur wäre. . . .

An der Futterkrippe.

Wozu Deutschnationale den Personalabbau benutzten.

Das christliche Postbeamtenfachblatt „Die Postwarte" stellt in ihrer letzten Nummer fest, daß der frühere deutschnationale Reichstagsabgeordnete Telegrapheninspektor Vogel-Berlin sich hat abbauen lassen, um beim „Verband Deutscher Reichspost- und Telegraphenbeamten" die mit einem Gehalt der Gruppe 12 und einem Zuschlag von 20 Proz. dotierte Stelle eines Schriftleiters zu übernehmen.

Hierzu erfahren wir folgendes: Es ist Tatsache, daß der frühere Reichstagsabgeordnete Vogel-Berlin, als er bei der Wahl am 4. Mai durchfiel, seinen Dienst bei der Deutschen Reichspost nicht mehr angetreten hat. Er zog es vor, sich zunächst beurlauben und dann mit 80 Proz. seines Diensteinkommens aus Gruppe 8 als Wartegeld abbauen zu lassen, um die oben erwähnte Stellung zu übernehmen. Bisher ist nichts bekannt geworden, daß gegen diesen „Abbau" von Herrn Vogel oder von deutschnationaler Seite, die doch sonst so laut schreien kann, etwas unternommen worden ist. Da Vogel wohl ein schlechter Parlamentarier, aber ein guter Facharbeiter war, so liegt hier eine ganz glatte deutschnationale Schiebung vor.

Nach der Rechtslage der Stresemannschen Personalabbauverordnung zur Zeit des Abgangs Vogels und nach den wiederholten Erklärungen des Reichspostministers, daß der Abbau bei der deutschen Reichspost längst beendet sei, war der Abbau des Herrn Vogel bei seinen guten Fachleistungen ausgeschlossen. Und nach der neuesten Verordnung der Reichsregierung kommt für ihn nur freiwilliges Ausscheiden unter Gewährung einer einmaligen Abfindungssumme, aber unter Verzicht auf Wartegeld und Pension in Frage. Also — **die Abbauverordnung ist dazu benutzt worden, um einem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten, dem sein Dienst nicht mehr paßte und der eine bessere Stellung gefunden hatte, Beträge aus der republikanischen Futterkrippe zu sichern!**

Stresemann-Schwarz-Rot-Gold

Von Rudolf Breitscheid.

„Das Band ist zerschnitten,
War schwarz, rot und gold."

Die Deutsche Volkspartei gehört zu denen, die den Wahlkampf unter der Parole Schwarz-Weiß-Rot gegen Schwarz-Rot-Gold führen, und Herr Stresemann ist einer der Eifrigsten in dieser Kampagne. Wie sauer muß es doch dem Außenminister sein, in einem Hause zu amtieren, auf dem an offiziellen Festtagen die Fahne der Republik aufgezogen wird. Es muß ihn viel Selbstüberwindung kosten. Aber das hat er ja schließlich mit sich selbst auszumachen. Er wird wahrscheinlich erklären, daß sein Patriotismus eben groß genug sei, um auch dieses schwere Opfer auf sich zu nehmen, und wir wollen uns heute nicht sowohl mit dem Minister als mit dem Burschenschafter befassen, der als junger Student auf dem Friedhof der Märzgefallenen einen Kranz mit schwarzrotgoldener Schleife niedergelegt hat.

Die Erinnerung an dieses Vorkommnis ist Herrn Stresemann zweifellos peinlich, und so hat er bei der volksparteilichen Kundgebung im Großen Schauspielhause sich auseinanderzusetzen bemüht, daß das Schwarz-Rot-Gold der Burschenschaft etwas ganz anderes sei als das Schwarz-Rot-Gold der Republik. Der Mann, der sonst beweisen kann, daß schwarz und weiß sich sehr wohl miteinander vereinbaren lassen und eigentlich ein und dasselbe bedeuten, kann also auch den Nachweis erbringen, daß ein und dasselbe Banner zwei ganz verschiedene Dinge seien. Er kann eben alles.

Vielleicht erlaubt er mir aber, als ehemaligem Angehörigen der Burschenschaft, der ausgeschieden ist, als diese Organisation politisch und rassemäßig in die völkische Verrücktheit verfiel, einige geschichtliche Feststellungen zu machen.

Die burschenschaftliche Bewegung entstand auf den deutschen Universitäten unmittelbar nach den Befreiungskriegen. Ein neuer Geist war in die studentische Jugend eingezogen. Das alte landsmannschaftliche Korporationswesen mit seinen wüsten Zechgelagen, seinen Zweikämpfen und seinen erstarrten Formeln sagte ihr nicht mehr zu. In den Kriegen gegen Napoleon herangereift, suchten die Jünglinge nach etwas Besserem, das ihrem Leben einen Inhalt geben könne. Sehr viel romantische Schwärmerei, sehr viel Mittelalter lief der ganzen Zeitströmung entsprechend mit unter, und es ist ganz selbstverständlich, daß man das Streben der damaligen Burschenschaften nicht ohne weiteres und restlos mit dem Wollen derer in Uebereinstimmung bringen kann, die heute unter Schwarz-Rot-Gold stehen. So wurde beispielsweise mit mehr oder weniger Nachdruck der christliche Charakter der Bewegung betont, aber darauf kann sich ja Herr Stresemann nicht gut berufen, da er selbst einer sogenannten Reformburschenschaft angehört, die im wohltuenden Gegensatz zu den anderen Nachfahren der Schwarz-Rot-Goldenen von damals die Juden nicht von der Mitgliedschaft ausschließt.

Auch sonst gab es bei der Jugend von 1815 mancherlei, was wir heute nicht mehr verstehen und was wir selbstverständlich ablehnen. In dem Jahrhundert, das dazwischen liegt, haben sich Auffassungen und Aufgaben geändert. Der wesentlichste Zug der alten Burschenschaft war indessen der, daß sie für Freiheit und Einheit des gesamten deutschen Vaterlandes eintrat, und daß die schwarzrotgoldenen Farben, die sie vom Lützowschen Freikorps übernommen hatte, ihr Symbol dieser Ideale bedeuteten. Sie wollte heraus aus der fürstlichen Kleinstaaterei, und in der Verfassungsurkunde der Jenenser Burschenschaft spielte „der große Gedanke an ein gemeinschaftliches, allumfassendes Vaterland" eine Hauptrolle. Welches die Staatsform dieses Vaterlandes sein sollte, wurde nicht ausdrücklich gesagt, aber häufig genug begegnen wir sehr starken republikanischen Tendenzen. Von den „Zwingherren" wird geredet, der „Pharaonenbrut" wird der Kampf angesagt, und zum mindesten soll bei der Schaffung der Einheit des Reiches auf die Dynastien keine Rücksicht genommen werden. Das um so weniger, als man den Fürsten ihren Wortbruch vorwirft. Sie haben in ihrer Not, als sie das Volk zum Kampf gegen Napoleon brauchten, freiheitliche Verfassungen in Aussicht gestellt. Sie haben ihre Versprechen nicht gehalten. Der alte Absolutismus soll wieder aufgerichtet werden, und dagegen wendet sich die Jugend mit den heftigsten Anklagen.

Herr Stresemann weiß zweifellos etwas von dem Wartburgfest, das die Burschenschaft am 18. Oktober 1817 veranstaltete. Hier wurde ein Feuer angezündet, und in die Flammen warf man mit einer Heugabel einen preußischen Ulanenschnürleib, einen hessischen Zopf und einen österreichischen Korporalsstock. Denselben Weg gingen eine Reihe von reaktionären Büchern, wie die von Janke und dem Berliner Professor Schmalz, in denen die „tollen Deklamationen über Vereinigung des ganzen Teutschlandes unter eine Regierung" denunziert waren. Ein dreifaches Pereat „allen schuft'gen Schmalzgesellen" begleitete diese symbolische Handlung.

Genügt das nicht, um den Geist der Bewegung zu charakterisieren? Und sind die Fäden nicht offen sichtbar, die von 1815 zu unserer Zeit, in der die Wiedererrichtung der Monarchie die Zerreißung Deutschlands bedeuten würde, hinüberlaufen? Den vormärzlichen Regierungen schien die deutsche Burschenschaft jedenfalls hinreichend verdächtig und gefährlich.

Die Karlsbader Beschlüsse setzten sie in Verfolgungszustand, und wir wissen, wieviele der Besten unseres Landes in die Gefängnisse und Festungen wandern mußten, weil sie mit dem schwarzrotgoldenen Band geschmückt für die Einheit und Freiheit und gegen die monarchische Mißwirtschaft eingetreten waren. Und die, die dann in den dreißiger Jahren und 1848 als Revolutionäre kämpften, nahmen die Farben der Burschenschaft, die gleichzeitig die des alten Reiches waren, mit den besten Traditionen der studentischen Bewegung wieder auf, und gerade das Bürgertum sollte sich dieser seiner Vorfahren nicht schämen und nicht an dem Sinn ihrer Taten herumdeuteln, sondern den Mut besitzen, aus ihnen die unter den veränderten Verhältnissen gegebenen Schlußfolgerungen für sein eigenes Reden und Handeln zu ziehen.

Derselben Ansicht war wohl auch Herr Stresemann, als er jenen Kranz auf dem Märzfriedhof niederlegte. Und wenn er heute versichert, daß er sich bei der schwarzrotgoldenen Schleife etwas anderes gedacht habe als die heutigen Republikaner sich unter den schwarzrotgoldenen Farben denken, so wird er doch nicht leugnen wollen, daß für die, die er damals ehrte, das Dreifarbensymbol der Freiheit, Einheit und Republik gewesen ist. Selbst wenn er seine Blumengabe mit schwarzweißrot geschmückt hätte, würde er sich doch vor den Barrikadenkämpfern des März 1848 geneigt haben. Aber es ist eben nicht leicht, als Führer einer Partei, die mit denen gemeinsame Sache machen will, deren geistige Väter auf der anderen Seite der Barrikaden standen, den schwarzrotgoldenen Idealen seiner Jugend treu zu bleiben!

Der Prozeß der „Kreuzzeitung".

Der Amtliche Preußische Pressedienst schreibt:

Wie die „Kreuzzeitung" berichtet, hat das Schöffengericht Berlin-Mitte in dem Beleidigungsprozeß, den der preußische Minister des Innern Severing gegen den für die innere Politik des Blattes verantwortlichen Redakteur angestrengt hatte, den Beklagten freigesprochen und ihm den Schutz des § 193 zuerkannt. Die „Kreuzzeitung" glaubt aus diesem Urteil folgern zu dürfen, daß ihr der Wahrheitsbeweis dafür geglückt sei, daß das ministerielle Verbot des Ostpreußentages in Tilsit — die Mitteilung und Begründung dieses Verbotes durch den Amtlichen Preußischen Pressedienst gab der „Kreuzzeitung" zu einem beleidigenden Kommentar Anlaß, der der Gegenstand der Klage war — unberechtigt gewesen sei. Es soll hier aus begreiflichen Gründen nicht über das Urteil gesprochen werden, das zudem nicht endgültig ist, da der Staatsanwalt, der drei Monate Gefängnis beantragt hatte, bereits Berufung eingelegt hat. Es soll hier auch nicht näher auf das Plädoyer des Rechtsvertreters des Beklagten eingegangen werden, das mehr einer politischen Wahlrede als einem Plädoyer entsprach.

Es sei lediglich festgestellt: Der Ostpreußentag in Tilsit war vielleicht von den ersten Urhebern des Gedankens als eine überparteiliche Veranstaltung gedacht worden; deshalb waren sogar auch einige demokratische Persönlichkeiten in das Komitee eingetreten. Es zeigte sich aber sehr bald, daß der als gefährlicher rechtsradikaler Agitator bekannte ehemalige Hauptmann Ammon mehr und mehr Einfluß auf die Vorbereitung der Veranstaltung gewann. Auch nach seinem unfreiwilligen Ausscheiden aus dem Komitee blieb weiter der Einfluß der parteipolitisch festgelegten rechtsstehenden Kreise maßgebend, hinter denen immer noch der Wille und die Agitation des Herrn Ammon und seines Kreises stand. Das zeigte sich besonders deutlich, als zunächst Aufforderungen ergingen, „Tilsit ein zweites Kassel" werden zu lassen und an dem betreffenden Sonntag ein schwarzweißrotes Fahnenmeer über Tilsit wehen zu lassen. Und es zeigte sich besonders eklatant, als die Veranstalter des Festes sich durch keinerlei Vorstellungen davon abbringen ließen, als offizielle Eintrittskarte zu den gesamten Festveranstaltungen eine Plakette mit dem Kopf Ludendorffs auszugeben, der ja durch seine Betätigung als Abgeordneter der Deutschvölkischen Partei sich selbst in Gegensatz zu der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes gestellt und sich selbst als reinen Parteipolitiker abgestempelt hat. All diese Gründe, wie vor allem aber noch der, daß die durch ihre Ausschreitungen schon früher unrühmlich bekannte Jugendkompagnie des Hauptmanns Ammon durch Ueberfälle und Tätlichkeiten gegen politisch Andersdenkende schon Tage vor dem Ostpreußentag die öffentliche Ordnung stark gestört hatten, und weitere Ausschreitungen und Zusammenstöße für die Feiern unter freiem Himmel mit Sicherheit zu erwarten waren, hatten das Verbot der unter freiem Himmel stattfindenden geplanten Veranstaltungen zur zwingenden Notwendigkeit gemacht. Ein Verbot der Feiern in den geschlossenen Sälen war überhaupt nicht erfolgt.

•

Für das Plädoyer des Anwaltes war übrigens noch bezeichnend, daß, nach dem Bericht der „Kreuzzeitung" er von Minister Severing als dem „Mitinhaber der Firma Severing u. Co. Gast- und Schankwirtschaft Eisenhütte in Bielefeld" sprach. Der Rechtsanwalt mußte wissen, welche Rolle diese angebliche Gastwirtsteilhaberschaft in der Pressediskussion bereits gespielt hat. Er mußte wissen, daß lediglich vor langen Jahren die Gründung des Gewerkschaftshauses in Bielefeld auf den Namen Severings als des damaligen Bielefelder Gewerkschaftssekretärs erfolgte — ein in der Sozialdemokratischen Partei und in der Gewerkschaftsbewegung seit den Zeiten des Sozialistengesetzes übliches Verfahren, um bei einer etwaiger Auflösung der Gewerkschaft wenigstens die Beschlagnahme des auf diese Weise zum Privateigentum erklärten Gewerkschaftshauses zu verhindern. Severing hat niemals einen Pfennig Einnahme aus dieser Namenshergabe gehabt.

Schönaich-Versammlung in München.

Die Angst vor der Aufklärung.

München, 3. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die von der Polizei verbotene öffentliche Pazifistenversammlung mit General von Schönaich als Redner fand am Dienstag abend als geschlossene Versammlung für Mitglieder des Friedenskartells und des Reichsbanners statt. Im überfüllten Saale des Gewerkschaftshauses begründete der General, der stürmisch begrüßt wurde, sein Bekenntnis zum Pazifismus und Völkerbund. Er erklärte zum Schluß, daß auch seine für Donnerstag geplante Versammlung in Nürnberg verboten worden ist. „Dieses systematische Vorgehen der bayerischen Regierung ist nicht etwa ein Akt der Willkür, sondern ein Akt der Furcht vor meiner Aufklärung. Nach der Angabe des Münchener Polizeipräsidenten an eine Protestabordnung, bestehend aus Friedensfreunden, Demokraten und Sozialdemokraten, erfolgte das Verbot deshalb, weil der Polizeidirektion von verschiedenen Seiten auf Tatsachen gestützte Mitteilungen zugegangen seien, wonach die Schönaich-Versammlung unter allen Umständen hätte gestört werden sollen. Wäre Bayern ein Rechtsstaat, so hätte die Polizei selbstverständlich die Pflicht gehabt, durch ausreichende Maßnahmen die Versammlung zu schützen und gegen die ihr bekannten Versammlungssprenger entsprechend vorzugehen. Das Friedenskartell hat eine Beschwerde an die Regierung von Oberbayern gerichtet, um ihr Gelegenheit zu geben, den unmöglichen Standpunkt der Polizei zu korrigieren.

Die Ratten verlassen das Schiff.

Pöhner wird deutschnational.

München, 3. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Wie verlautet, hat der Landtagsabgeordnete Pöhner der Fraktion des Völkischen Blockes seinen Austritt erklärt, eine Tatsache, die um so weniger überrascht, als Pöhner sich seit langer Zeit von jeder Mitarbeit innerhalb der Fraktion zurückgezogen hat. Als formale Begründung seines Schrittes bezeichnet Pöhner sein absolutes und uneingeschränktes Bekenntnis zur Monarchie. Wie man weiter hört, wird Pöhner und mit ihm noch zwei weitere Mitglieder der völkischen Fraktion Anschluß bei der deutschnationalen Landtagsfraktion finden. Dagegen lehnte die Fraktion der Deutschnationalen den versuchten Uebertritt ihres ehemaligen Parteifreundes und Justizministers Dr. Roth und der weiteren zwei Abgeordneten Buttmann und Graf Treuber ab. Wie man sieht, macht der Verfall des Völkischen Blockes rasche Fortschritte. Er zählt heute offiziell nurmehr 18 Mitglieder gegen 23 gewählte am 6. April d. J. Die Sezession dürfte aber damit noch nicht abgeschlossen sein. Die Fraktion der Deutschnationalen ist nurmehr 15 Mann stark, in ihr befinden sich aber drei Angehörige der Deutschen Volkspartei und ein Nationalliberaler.

Im Zeichen des Hakenkreuzes.

Unregelmäßigkeiten bei der „Deutschen Studentenschaft".

Höchst eigenartige und befremdliche Zustände in der Hauptgeschäftsstelle der völkisch-nationalen „Deutschen Studentenschaft" sind durch die Ermittlungen eines studentischen Untersuchungsausschusses zutage gefördert worden. Auf dem Innsbrucker Studententag im Juli dieses Jahres war man bereits auf Unregelmäßigkeiten in der Buch- und Kassenführung gestoßen. Der Untersuchungsausschuß erkennt nach seinem jetzt vorliegenden Bericht die dort erhobenen Vorwürfe „als leider allzu berechtigt" an. Eine ins einzelne gehende Nachprüfung war dadurch unmöglich gemacht, daß der von einem verantwortlichen Mitarbeiter in Innsbruck aufgegebene Koffer bei seiner Ankunft in Berlin nicht die erwarteten Akten, Urkunden und Kassenbelege enthielt, sondern „mit einer weißen pulverigen Substanz gefüllt war". Den Wert dieser Substanz wird man ermessen können, wenn man in Betracht zieht, daß schon in Innsbruck in den jetzt verschwundenen Büchern Doppelbuchungen u. a. festgestellt waren.

Die weiteren Ermittlungen werden auch nach Ansicht des Untersuchungsausschusses am besten von der Staatsanwaltschaft zu führen sein. Ohne ihnen vorzugreifen, kann man schon heute die Berechtigung und Notwendigkeit des Kampfes anerkennen, den seit Jahren die freiheitlichen Studenten gegen die „Deutsche Studentenschaft" in ihrer heutigen Organisationsform und gegen ihren ausschließlich aus Angehörigen des rechtsradikalen „Hochschulrings deutscher Art" zusammengesetzten Vorstand führen.

Schwarzweißroter Betriebsunfall.

Deutschnationale auch gegen Hausbesitzer?

Entsprechend der Führerparole Hergts und Westarps stehen die schwarzweißroten Wahlredner und Zeitungsschreiber die Wähler an, doch ja um Gottes Willen das ruhmreiche Beispiel des meerbeherrschenden Britanniens nachzuahmen, nämlich die sieggewohnten Deutschkonservativen vor dem drohenden Schlamassel zu retten. Dabei wird natürlich krampfhaft verschwiegen, daß nur das besonders britische Wahlsystem eine konservative Mehrheit ermöglicht hat, während beim Proporz, wie wir ihn haben, die Arbeiterregierung stärker wiedergekehrt wäre. Ebenso wird verschwiegen, daß die Partei der Baldwin, Chamberlain und Curzon nicht das geringste mit den Tirpitz-Lanerrenz-Leuten zu tun haben will, die vorgestern riefen: „Gott strafe England!" und jetzt schreien: „Mocht England nach!" Was die britischen Konservativen sind, läßt folgende Londoner Meldung der rechtsstehenden Telegraphenunion erkennen:

London, 3. Dezember. (TU.) Die Regierung hat beschlossen, zu Beginn des nächsten Jahres im Parlament ein Gesetz zur Verlängerung der Mietzinskontrolle um weitere zwei Jahre bis zum Juni 1927 einzubringen.

Wie wird da unseren wackeren Halb- und Halbköpfen, da sie doch immer schreien, ihr Wahlsieg würde das Ende der Wohnungszwangswirtschaft bedeuten?! Dieser Beschluß der englischen konservativen Regierung auf Beibehaltung der Mietzinskontrolle scheint ja — so wird man in den deutschnationalen Kanzleien fühlen — eine ganz besondere Perfidie Albions zu sein, das mit echt britischer Heuchelei der deutschnationalen Wahlparole „Wählt wie die Engländer Konservative" hinzusetzt: „denn sie sind gegen Freiheit für den Wohnwucher!"

Gestohlene Wahlpropaganda.

Ein Leser schreibt uns: Zur gestrigen „Vorwärts"-Notiz „Gestohlene Wahlpropaganda" ist ergänzend nachzutragen, daß der Zeichner der erwähnten Bilderfolge der „Roten Fahne" nicht nur den Zeichner Abeking und sein „Goldenes Wähler-Abc" vom Mai d. J. bestohlen hat, sondern auch den Zeichner Fritz Wolff, der gleichfalls für die Mai-Wahl den humoristischen Bilderbogen „Wählt deutschnational!" im Auftrage der SPD. zeichnete. Es handelt sich im ganzen um vier Zeichnungen, die der kommunistische Plagiator sozialdemokratischen Flugblättern entnommen hat. Er kopierte übrigens nicht nur den charakteristischen Strich der beiden genannten Karikaturisten, er übernahm auch die den Zeichnungen zugrunde liegenden Ideen, da ihm eigene Einfälle fehlten.

Vergeltung!

Von J. Steiner-Julien.

In schweren Nächten träume ich auch heute noch von jener endlosen, qualvollen Zeit der Internierung. Schlimmer als die Willkür der pensionierten Polizeiwachtmeister, die man zu Direktoren der Internierten-lager ernannt hatte, waren die Vergeltungsmaßnahmen, die die beiderseitigen Diplomaten, um sich die Zeit zu vertreiben, auf dem Rücken der Kriegs- und Zivilgefangenen austrugen. Man kennt die hübsche Anekdote, die Fritz Reuter erzählt: Zwei Bauern fahren, jeder mit einem Juden als Fahrgast, in der entgegengesetzten Richtung auf schmalem Feldweg, der just Platz für einen Wagen läßt. Keiner will ausweichen, jeder schimpft. Schließlich steigt der eine Bauer vom Wagen, holt den Juden des anderen beim Kragen vom Wagen und prügelt ihn durch. Worauf der zweite Bauer den anderen Juden herunterholt und als Vergeltungsmaßnahme mit dem umgekehrten Peitschenstiel auf den Juden einschlägt: Haust du meinen Juden, hau ich deinen Juden.

Genau so verfuhren die Herren Diplomaten mit uns. Es steht ja heute noch nicht fest, wer eigentlich mit dem Bruch des Völkerrechts begann und Zivilpersonen internierte. Jedenfalls behauptete jeder Staat, er interniere die Zivilpersonen nur als Vergeltungsmaßnahme. Womit den anderen freilich wenig gedient war. War irgendwo in einem Lager in Deutschland zur Strafe den Zivilinternierten für einen Monat jeder Briefwechsel verboten, dann geschah mit uns „par mesure de représaille" dasselbe. Unsere Frauen, unsere Eltern, besonders aber unsere Frauen, soweit sie Französinnen waren, und gewohnt, jede Woche am bestimmten Tage eine Postkarte, alle 14 Tage einen Brief zu bekommen, begannen sich zu ängstigen. Ein Tag nach dem anderen verstrich und immer noch kam kein Brief. Eine Woche war so verstrichen und kein Lebenszeichen kam. Und so verging die zweite, die dritte, die vierte Woche. Morgens, mittags und abends standen unsere Frauen am Fenster und warteten klopfenden Herzens auf den Briefträger. Und nachts sahen sie schreckliche Bilder.

Alle Frauen haben diese Vergeltungsmaßnahmen nicht heil überstanden. Sie wurden nervös, ihr Haar bleichte vorzeitig, ich habe welche gekannt, die den Verstand verloren. Manche wieder verloren den moralischen Halt. Viele flüchteten ins Internierten-lager und begaben sich freiwillig der zweifelhaften Freiheit. Alle konnten es nicht, weil sie nicht ehelich getraut waren und somit kein Recht hatten, eingesperrt zu werden. Sie hatten also auch nicht das Recht, ein- bis zweimal des Jahres uns zu besuchen, täglich zwei Stunden in Gegenwart eines Soldaten.

Anfangs war man liberaler mit der Besuchszeit. Dann kamen — als Vergeltungsmaßnahmen — die Einschränkungen. Es kamen die Straflager, auch als Vergeltungsmaßnahme. In meinem Straflager befand sich ein sechzehnjähriger Halbidiot, dessen Vater im Elsaß Gendarm gewesen. Den Sohn hatte man als Geisel fortgeführt.

Die Ganzidioten reden jetzt wieder vom kommenden Krieg. Als Vergeltung natürlich. Die abgehalfterten Offiziere, die Kriegs- und Inflationsgewinnler, die durch Alter und „Beziehungen" der Freuden des Schützengrabens beraubt waren, die Unbekömmlichen aller Grade reden von Vergeltung.

Auch wir sollten von Vergeltung reden! Man braucht sie nicht zu erschießen. Es würde vollkommen genügen, jeden Kriegshetzer auf fünf Jahre zu internieren, mit all den Quälereien, die wir über uns als Vergeltungsmaßnahme ergehen lassen mußten. Ich glaube, das wäre die beste Friedensgarantie. Und eine immerhin milde Vergeltung.

Die Generalin und die Arbeiterfrau.

Auf den Straßen wurde geschossen. Die Kommunisten verübten wieder einen Putschversuch, doch die Reichswehr war zur Stelle und das Vorgehen der Kommunisten sollte mit einer allgemeinen Flucht derselben enden. Von beiden Parteien wurde viel geschossen. Ein Schuß der Kommunisten traf eine junge Arbeiterfrau, die sterbend vor ihrem Hause zusammenbrach. Ein Schuß von der Reichswehr, welcher über die Köpfe der Friedensstörer hinwegging, sandte sein Geschoß in das Fenster der Beletage eines vornehmen Hauses, vor welchem eine verwitwete Generalin stand, um die Vorgänge auf der Straße zu beobachten. Die Generalin sank, wie die Arbeiterfrau, vom Geschoß getroffen, sterbend zu Boden. Es war der gleiche Vorgang: in der Beletage die reiche, alte Generalin und auf der Straße die junge Arbeiterfrau. Mutter von zwei kleinen Kindern. Die alte Generalin, auf dem Abstieg des Lebens, war vielleicht dem natürlichen Tode des Alters schon nahe gewesen, während die junge Arbeiterfrau die Zukunft noch vor sich sah, in ihrem jungen Eheglück mit ihren beiden kleinen Kindern. Jedem denkenden Menschen mußte der Tod der letzteren mehr zu Herzen gehen als der Tod der Generalin. Die große Welt aber dachte anders darüber.

Dem Tode der Witwe des berühmten Generals wurden in den Zeitungen lange Nachrufe gewidmet und deren Leben als ein mustergültiges allen vor Augen geführt. Ueber den Tod der jungen Arbeiterin brachten die Berichterstatter einiger Zeitungen nur folgende kurze Notiz: „Unter den Getöteten befand sich auch eine junge Arbeiterfrau."

Warum noch mehr Worte verlieren, wenn auch zwei kleine Kinder und der junge Ehemann ihr getötetes Lebensglück betrauerten — — — es war ja nur eine Arbeiterfrau. E. K.

Volksbühne E. V. und „Deutsche" Volksbühne. Die seit einiger Zeit im Rosetheater eröffnete „Deutsche" Volksbühne hat, wie das Generalsekretariat der Volksbühne E. V. zur Vermeidung von Mißverständnissen mitteilt, mit der alten Berliner Volksbühne E. V., deren Mitglieder Vorstellungen in der Volksbühne am Bülowplatz, in der Oper am Königsplatz, im Schillertheater usw. erhalten, nichts gemein.

„Unter Deutschen und Indianern in Chile" ist der Titel, den Fräulein Helene Fernau ihrem Vortrag in der Urania gibt. Wer, eingedenk manches inhaltreichen Urania-Vortrages, sein Wissen bereichern will, wird enttäuscht, wem aber an einem leichtflüssigen Geplauder liegt, der kommt auf seine Kosten. Es handelt sich um Reiseerlebnisse, um Eindrücke vom Schnellzugsfenster aus, denn der Aufenthalt der Rednerin in Chile belief sich auf drei Monate. In den Städten lernte sie vornehmlich die deutschen Kolonien kennen, die — wie das auch anderweitig üblich ist —, ihren Klub haben, in dem sie „dinieren" und einen Gesangverein, der fleißig kegelt. Die Deutschchilenen und die Reichsdeutschen verstehen sich nicht gut untereinander. Der Geldbeutel der Auslandsdeutschen ist jetzt stark in Anspruch genommen, da sie ihre eigenen Schulen und Kirchen ohne Zuschuß der deutschen Regierung allein unterhalten müssen und die Ausgewanderten meistens noch Familienangehörige in Deutschland unterstützen. Durch Lichtbilder sollten Schönheiten und Merkwürdigkeiten des Landes illustriert werden, was freilich nicht immer gelang. Unsere Augen sind schon zu verwöhnt, den Lichtbildern ist der von Wissenschaftlern hergestellte Reise- und Landschaftsfilm die erwürgende Konkurrenz geworden. Sehr interessant waren freilich die gezeigten indianischen Webereien, sowie die Silberschmucksachen. Doch den Höhepunkt darf man nicht vergessen, in Chile gibt es ein von Deutschen einexerziertes Militär, das deutsche Friedensuniformen und Pickelhauben trägt und den Zapfenstreich spielt. „Das Herz schlägt einem höher." Also wem Friedensuniformen und Zapfenstreich tiefstes Lebensbedürfnis sind, der reise nach Chile oder wandere dorthin aus. e. b.

Im VII. Konzert der Volksbühne, Sonntag, 7., mittags ½12 Uhr, im Theater am Bülowplatz wird Heinrich Schlusnus Lieder von Beethoven, Dvorak, Hugo Wolf und Arien von Verdi zum Vortrag bringen.

Einen „lustigen Uno-Ho-z-Abend" gibt Else Beyer am 12., abends 8 Uhr, im Klindworth-Scharwenka-Saal. Das Programm enthält Teile aus „Daphnis", „Blechschmiede" und „Kindheitsparadies".

Prof. Fritz Kreisler veranstaltet mit dem Philharmonischen Orchester am 9., abends ½8 Uhr, in der Philharmonie ein Wohltätigkeitskonzert zum Besten der bedürftigen Studierenden der Staatl. Hochschule für Musik. Kreisler wird die Konzerte von Brahms und Bruch zu Gehör bringen. Die Leitung hat Generalmusikdirektor Leo Blech übernommen.

Alfred Scherres, der Berliner Landschafts- und Porträtmaler, ist im Alter von 60 Jahren gestorben. Er war ein Sohn von Karl Scherres. Seine landschaftlichen Motiven entlehnte er meist seiner Vaterstadt Danzig. Die Stadt Berlin, die Stadt Charlottenburg und das Danziger Museum besitzen Werke von ihm.

Türkisch in lateinischer Schrift? Das türkische Unterrichtsministerium beschäftigt sich mit der Einführung von grundlegenden Reformen im Unterrichtswesen. Zu diesen Fragen gehört auch die Einführung der lateinischen Schriftzeichen, für die der neue Unterrichtsminister eintritt.

Die Umbenennung der Städte in Rußland. Die eingerissene Mode der Umbenennung altbekannter Städte greift in Rußland um sich. Nachdem soeben erst Jekaterinburg in Swerdlowsk umgetauft worden ist, hat jetzt der Stadtsowjet von Nikolajew die Sowjetregierung um die Umwandlung des Namens der Stadt in „Wernoleninsk" ersucht. Die Bedeutung dieses Namens wäre in deutscher Sprache etwa mit „Leninstreu" wiederzugeben.

Eigentum verpflichtet!

Marx verteidigt die Weimarer Verfassung.

Hagen, 3. Dezember. (WTB.) In einer Wahlversammlung der Zentrumspartei führte Reichskanzler Marx u. a. aus: Es ist unrichtig, wenn von gewisser Seite immer wieder der Vorwurf erhoben wird, in der Weimarer Verfassung würden die Kulturpolitik und die kirchlichen Interessen vernachlässigt. Die Weimarer Verfassung schützt diese Belange weit mehr als die frühere Verfassung. Sie enthält Bestimmungen über den Schutz der Gewissens- und Religionsfreiheit, der Feiertage, der Ehe, der Familie, des Erziehungsrechts und des Religionsunterrichts, die weit günstiger sind als die ehemaligen. Gewiß kommt der Name Gott in der Weimarer Verfassung nicht vor. Ist er aber in der alten Verfassung genannt gewesen, wenn man von der einen Stelle: „Wir Wilhelm von Gottes Gnaden. . . .“ absieht? Und kommt in dem Satz des Artikels „Eigentum verpflichtet“ und „Gebrauch soll zugleich Dienst sein am gemeinen Besten“ nicht eine eminent christliche Idee zum Ausdruck? **Wo ist dergleichen in der alten Verfassung zu finden gewesen?** Es ist leicht, heute die Parteien zu kritisieren, die 1919 in des Reiches schwerster Not die Verfassung schufen. Die Kritiker von heute lehnten es damals ab, positiv an der Wiederherstellung der Ordnung in Deutschland mitzuwirken. Ihre Schuld ist es gewesen, wenn die Bestimmungen über die Schule nicht so ausgefallen sind, wie wir es wünschten. Das Zentrum legt Wert darauf, daß die Schüler von Lehrern ihres Bekenntnisses im Geiste ihres Bekenntnisses unterrichtet werden, eine Forderung, die die Deutschnationalen in dieser Klarheit sich bis heute noch nicht zu eigen gemacht haben.

Purcells Rolle in Moskau.

Entrüstung in der Labour-Party.

London, 3. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In den weitesten Kreisen der Arbeiterpartei herrscht lebhafte Entrüstung über eine merkwürdige Aktion, die die Delegation britischer Gewerkschafter unter Führung von Purcell in Moskau unternommen hat. Purcell und seine Freunde haben Ende voriger Woche die estnische Gesandtschaft in Moskau aufgesucht und den Gesandten gewarnt, daß für Estland die schwersten Folgen entstehen würden, wenn die Verfolgung der Bolschewisten in Estland nicht aufhöre; die Arbeiter Großbritanniens dürften in diesem Fall den Abbruch der Beziehungen Großbritanniens mit Estland fordern. Der estnische Gesandte antwortete, daß er nicht einsehen könne, mit welcher Kompetenz die britische Arbeiterdelegation sich in die diplomatischen Angelegenheiten zwischen England und Estland einzumischen versuche.

•

Purcell scheint jedes Augenmaß für die Tragweite seiner Worte und Handlungen verloren zu haben. Weil er als Ersatzmann für Thomas eine Zeitlang Vorsitzender des Generalrats der englischen Gewerkschaften war und in dieser Eigenschaft sozusagen automatisch Vorsitzender des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde, glaubt er offenbar, nunmehr einen Freibrief für dumme Reden zu haben.

Zagluls Anklagen gegen England.

London, 3. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In einem Telegramm an die Arbeiterpartei erklärt Zaglul, daß nach seiner Information die englische Regierung schon vor der Ermordung des Sirdars entschlossen war, die Regierung Zagluls zu stürzen, weil sie ausgesprochen verfassungsmäßig gewesen sei. Das Resultat dieser Politik sei die Vertagung des Parlaments gewesen, worauf wahrscheinlich dessen Auflösung folgen werde. Ein zweites Resultat sei die Verhaftung mehrerer Abgeordneten gewesen, denen nichts Bestimmtes vorgeworfen werden könne. Diese Verhaftungen stellten eine Verletzung der Immunität der Parlamentsmitglieder dar. Das Land sei auf seinen Rat hin ruhig geblieben. Die Herausforderungen der Armee und der Polizei hätten keinen Erfolg gehabt.

•

Zaglul hat einen Paß nach Europa erhalten und dürfte an die Riviera oder in die Schweiz reisen.

Aegyptendebatten in Brüssel und Angora.

Brüssel, 3. Dezember. (TU.) In der Kammer gab gestern nachmittag der Sozialist Pierard der Hoffnung Ausdruck, daß die englische Regierung die ägyptische Angelegenheit dem Völkerbund unterbreiten werde, um ein Beispiel der Mäßigung und Ruhe zu geben.

Konstantinopel, 3. Dezember. (EP.) In der Nationalversammlung zu Angora hielt ein Abgeordneter eine heftige Rede gegen die englische Politik in Aegypten. Ministerpräsident Ismet Bey erklärte, daß die Regierung sich weigere, diese Ausführungen des Redners zu unterstützen. Die Türkei wünsche, in guten Beziehungen mit England zu leben.

Amerikas Fernbleiben vom Völkerbund.

Neu bekräftigt in Coolidges Botschaft.

New York, 3. Dezember. (TU.-Kabel.) In seiner Botschaft an den Kongreß lehnt Präsident Coolidge den Völkerbund mit schärfsten Worten ab, spricht sich aber für ein Welt-Schiedsgericht aus, jedoch nur unter großen Einschränkungen, da Amerika nicht in fremde Angelegenheiten verwickelt zu werden wünsche. Eine zweite Abrüstungskonferenz könne Amerika erst nach Erledigung der europäischen Pläne für die Konferenz einberufen. Japans Beunruhigung wegen der geplanten amerikanischen Flottenmanöver weist er unter der Begründung zurück, daß jedem Staat das Recht zusteht, seine Streitkräfte zu entwickeln und daß Manöver keine feindselige Handlung bedeuten.

Faschisten-Terror.

General Balbo droht mit Bürgerkrieg.

Mailand, 2. Dezember. (Eca.) General Balbo hat Rom verlassen und ist in Ferrara eingetroffen. Am Bahnhof erwarteten ihn alle faschistischen Persönlichkeiten der Provinz und die faschistischen Organisationen. Balbo erklärte in einer Rede, die Situation des Augenblickes verlange zwar vom Faschismus Ruhe und Zurückhaltung; wenn jedoch auch dieses letzte Friedensangebot von der Opposition abgelehnt würde, so würde der Faschismus zu den kriegerischen Methoden früherer Zeiten greifen.

Mailand, 2. Dezember. (Eca) Der frühere Bürgermeister von Alexandria, Raymondo Sala, veröffentlicht in den Zeitungen ein Rundschreiben des Generalsekretärs der faschistischen Partei an die Provinzorganisationen vom März d. J., in dem die Faschisten aufgefordert werden, während der Wahlzeit den feindlichen Kandidaten Sala und Forni auf gewalttätige Weise den Aufenthalt in Alexandria, Cuneo, Novara, Mailand, Pavia und Turin unmöglich zu machen. Der Befehl beruft sich auf Mussolini selbst.

Arme Reiche.

Die Klagelieder Jeremias sind nichts gegen das verzweifelte Stöhnen vieler Leute. Ihr Jammer klingt so herzzerreißend, daß man sich wundern muß, nicht täglich von soundso vielen Selbstmorden unserer Millionäre zu lesen. Hast du schon einmal einen Reichen lamentieren hören? Er wird dir erzählen, wie teuer der neue Chinchillamantel seiner Gattin ist, welche Unkosten die frischen Orchideen für seine Geliebte ihm verursachen, daß die vielen Hausangestellten nicht mehr zu bezahlen sind usw. Meyers können nicht mehr erster Klasse reisen, während Schulzes sogar anstatt weißen Bordeaux nur noch Fachinger bei Tisch trinken, Lehmanns haben tatsächlich ihr Opernabonnement im ersten Rang (vormals Hofloge) gegen ein solches im Parkett umtauschen müssen, und Müllers sind zu ihrem größten Bedauern nicht mehr in der Lage, im Winter wie alljährlich nach San Remo zu fahren. Wer hätte mit jenen vom Schicksal so Heimgesuchten kein Mitgefühl? Es rührt tief, wenn man hört, daß diese und jene ihre Vierzehnzimmerwohnung in einem der stolzesten Kurfürstendammpaläste gegen eine „bescheidene“ Villenwohnung eintauschen mußten. Dann begreift man erst, wie schwer das Leben ist. Solche Sorgen möchte ich nicht haben, niemals. Andere brauchen sich höchstens den Kopf darüber zu zerbrechen, wovon sie am Ersten ihre Miete zahlen sollen. Wie bequem sind die Lebensfragen eines Arbeiters zu regeln, die sich bei den Reichen mehr als kompliziert gestalten. Die Kriegerwitwe sagt einfach zu ihrem Kinde, das sich zu Weihnachten einen Puppenwagen wünscht: „Ich kann dir keinen kaufen!“ Der junge Sohn des Reichen quält sich mit dem Problem, ob er für die Frackweste Brillant- oder Perlenknöpfe wählt. Gehe nur zu den Besitzenden und bitte sie, dir zwanzig Mark zu leihen! Sie werden dir auseinandersetzen, daß sie „in Wirklichkeit“ ärmer als Hiob sind. Sollte dein Schuhmacher oder dein Schneider nicht warten können? O ja, es geht reichen Leuten sehr schlecht, und du darfst geradezu glückselig sein, zu den Armen zu gehören. Reichtum ist eine Last, glaube es denen, die sie stündlich zu vergrößern suchen!

Der Wahltag naht!

In einer sehr gut besuchten Wählerversammlung im Bezirk Kreuzberg sprach Genosse Paul Hirsch über die Bedeutung des Wahltages. Der Redner bewies in seinem Referat, daß es in diesem Wahlkampf eine klare Fragestellung für alle gebe: Republik oder Monarchie — Krieg oder Frieden. Aus dieser klaren Frage, die ein Aufkommen von versteckten Zielen unmöglich macht, erklärt sich die Schärfe des Kampfes und an den Zielen der Parteien und an den Waffen, mit denen sie kämpfen, wird die Erkenntnis der Wahrheit jedem Wähler leicht. An den beiden Wahlaufrufen der Deutschnationalen wurde es klar dargestellt, daß diese alte konservative Partei bestrebt ist, die Verbesserungen der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lage der breiten Massen wieder abzubauen. Wenn noch nicht alles erreicht ist, lohnt es sich doch, um die Erhaltung des Erreichten zu kämpfen und die Grundlagen für einen weiteren Aufstieg zu verteidigen. Darum setzt die Sozialdemokratie alle Kräfte für die Republik ein und daß ihre Auffassung von der Vertretung der Massen in den Parlamenten richtig ist, beweist ja die sinnlose Politik der Kommunisten am besten. Im Bezirk Kreuzberg war beim Abbau ja ein deutliches Beispiel für diese Arbeitervertretung gegeben worden. Es kommt darauf an, heute alle Positionen zu verteidigen. Dazu ist aber nötig, daß die Arbeiterschaft ihre Aufgaben ganz erfaßt und erfüllt, abrückt von den Volksverderbern von rechts und ihren Helfershelfern von links.

Genosse Bartels, der in Charlottenburg in der Aula der Schule Wiebestraße referierte, betonte die Notwendigkeit der Erfüllungspolitik, da sie der Völkerverständigung die Wege ebne. Aufgabe des zukünftigen Reichstags werde es ferner sein, die preisverteuernden Schutzzollpläne zu verhindern. Schon heute hätten die Preise sämtlicher Waren in Deutschland den Weltmarktpreis überschritten und wenn die Schutzzollpolitik Wirklichkeit werde, dann werde eine Verteuerung und eine Verelendung einsetzen, wie wir sie noch nie erlebt hätten. Eine weitere Aufgabe des Reichstags werde in der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag liegen. Ebenso wichtig wie die Wahlen zum Reichstage seien aber auch die zum Preußischen Landtage, dessen Aufgabe in erster Linie die Vollendung der neuen Gemeindegesetze und die Regelung der Abfindung der Hohenzollern sein werde, der Hohenzollern, die als Markgrafen ohne Rock und Stock nach Brandenburg gekommen seien und jetzt, nachdem sie unsägliches Unglück über das Volk gebracht hätten, als Multimillionäre Deutschlands ausgepowertes Volk noch weiter ausrauben wollen. Die Koalition in Preußen sei durchaus keine Ideallösung gewesen. Sie wäre aber notwendig gewesen und hätte sich bewährt, denn die Stetigkeit der Regierung in Preußen hätte allein Deutschland vor dem drohenden Chaos nach den Inflationswirren gerettet. Es sei zu hoffen, daß der Preußische Landtag durch die Wahl am 7. Dezember so zusammengesetzt werden wird, daß es sich ermöglichen lasse, eine Regierung ohne die Deutsche Volkspartei zu bilden. Ohne Diskussion endete die erfolgreiche Versammlung.

Warum wählen die Frauen?

Der Bezirk Lichtenberg veranstaltete in der Mittelschule Marktstraße eine Frauenwahlversammlung mit der Genossin Marie Juchacz als Referentin, die zunächst die augenblickliche politische Situation schilderte, um auf die verhängnisvollen Maiwahlen Bezug zu nehmen. Dann betonte die Rednerin, daß von unserer äußeren Friedenspolitik die innere wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands abhänge, und daß die Sozialdemokratie in dieser Beziehung ihr Möglichstes getan habe. Aufwertung, Lebensmittelzölle usw., alle jene politischen Fragen, die auf Kosten der deutschen Mütter und Kinder gelöst werden sollen, streifte die Referentin und sagte dabei, daß die Deutschnationalen unsere Frauen lediglich als Stimmvieh benutzen wollen, mit deren „prachtvoller Gleichgültigkeit“ sie rechnen, während die Sozialdemokratie nicht auf Indifferenz oder Dummheit zählt, sondern jede Frau zur vollwertigen Staatsbürgerin erziehen will. Genossin Juchacz beschäftigte sich u. a. mit dem Gesundheitswesen, das die Sozialdemokratie endlich verbessern möchte, eine unerläßliche Aufgabe, für das Frauenleben von höchster Bedeutung. Wenn die deutschen Frauen eine Entwicklung des dauernden Friedens und der Verständigung wollten, müssen sie am 7. Dezember sozialistisch wählen. Die phrasengeschmückten Ausführungen zweier Diskussionsrednerinnen (USPD. und KPD.) erregten starken Widerspruch und entrüstetes Gelächter.

In einer Frauenkundgebung des Bezirks Neukölln sprach gestern abend Genosse Landa. Die wahlberechtigten Frauen und Mädchen, so führte der Referent aus, die dem gegenwärtigen Wahlkampf zu einem nicht unerheblichen Teil das Gepräge geben, haben ihre politischen Rechte nicht den Rechtsparteien zu verdanken, die sie jetzt stark umwerben, sondern einzig den Sozialdemokraten. — Vier Millionen Tote und Krüppel, eine Million Hungers Gestorbener im Lande, das war das Erbe, das die Republik 1918 von den Deutschnationalen übernahm. Und diese selbe Partei strebt wieder danach, dem politisch gutmütigen und leicht vergeßlichen deutschen Volk seine Herrschaft aufzudrängen. Der General soll wieder über dem Politiker stehen, der Säbel soll wieder regieren. Deshalb richten sich auch alle Krisen in der jungen Republik gegen die Demokratie und ihre parlamentarische Regierungsform. Fällt die Republik, so kommt nicht die alte gute Zeit wieder, sondern eine brutale, blutige Rechtsdiktatur. Der kommende Reichstag muß eine republikanische Mehrheit erhalten, daneben aber eine starke Sozialdemokratie, die die beste Gewähr für das Wohlergehen des arbeitenden Volkes bietet. Ein kurzes Zurückerinnern an die Zeiten des Krieges und der Inflation wird jede Frau den richtigen Stimmzettel wählen lassen.

Die Haiger Mordtat.

Prokurist Angerstein angeblich selbst der Täter.

Das furchtbare Verbrechen, das sich in Haiger bei Siegen in der Villa Angerstein zugetragen hat, steht nach Meldungen, die der Berichterstatter der „B. Z.“ seinem Blatt mitteilt, vor einer entsetzlichen Aufklärung. Man nimmt nach dem Ergebnis der bisherigen Untersuchungen mit Bestimmtheit an, **daß Angerstein selbst seine ganze Familie und seine Angestellten ermordet hat.** Der Frankfurter Chemiker Dr. Poppe, der nach Haiger entsandt worden war, hat an verschiedenen Geräten sowie an den Leichen der Ermordeten **Fingerabdrücke festgestellt, die mit denen Angersteins vollkommen übereinstimmen.** Angerstein hat allerdings noch kein Geständnis abgelegt. Er sei aber so gut wie vollkommen überführt. Um sein Alibi nachzuweisen, soll sich Angerstein nach der Tat eine Tafel Schokolade gekauft haben, mit der Bemerkung, sie sei für seine liebe Frau bestimmt. Als er gegen 6 Uhr nach Hause zurückkehrte, soll er alles mit Benzol übergossen haben, um die Leichen zu verkohlen und möglichst durch Vernichtung des ganzen Hauses jede Spur zu verwischen. Angeblich hat er sich dann selbst Verwundungen beigebracht, die ziemlich schwerer Natur, aber nicht tödlich sind. Angerstein lebte in Differenzen mit seiner Firma und soll auch verschiedene Unterschlagungen begangen haben. — Wir müssen die Verantwortung über diese seltsame Meldung zu der furchtbaren Mordaffäre dem genannten Blatt überlassen. Auf jeden Fall scheint die ganze Angelegenheit, auch nach der mitgeteilten Darstellung, sehr unklar. Falls die Tatsachen zutreffen, kann es sich natürlich nur um die Tat eines Wahnsinnigen handeln.

Von anderer Seite wird gemeldet:

Siegen, 3. Dezember. Die Mordtat zu Haiger hat in der Bevölkerung der ganzen Umgebung die größte Aufregung hervorgerufen. Da der einzige Ueberlebende, Direktor Angerstein selbst, durch einen Bajonettstich verletzt im Krankenhause liegt und nicht vernehmungsfähig ist, konnte bis jetzt das Dunkel nicht gelichtet werden. Das 9. Opfer sollte eine zu Besuch weilende 12jährige Nichte gewesen sein, die als vermißt gilt, von der man aber noch nicht genau weiß, ob sie zur Zeit der Mordtat im Hause anwesend war. Das Benzin, mit dem die oberen Stockwerke getränkt wurden, scheint mit einem Lastauto herangeschafft worden zu sein, das später auf der Landstraße einige Kilometer von Haiger entfernt, aufgefunden wurde. Auch hat die Polizei nach einer Blättermeldung eine Kassette gefunden, die auf eine eilige Flucht der Täter schließen läßt. Die Meldungen, die von einem Racheakt oder von einem groß angelegten Raubzuge, um der Lohngelder habhaft zu werden, die Angerstein als Prokurist der Stahlwerke Van der Zypen, Zweigfabrik Haiger, aufbewahrt, sprechen, sind vorläufig nichts weiter als leere Kombinationen. Die große Ungewißheit über die Mordtat hat in der Bevölkerung zu den tollsten Gerüchten und phantastischsten Darstellungen Anlaß gegeben. Doch lassen sich naturgemäß erst bestimmte Mitteilungen machen, sobald die näheren Feststellungen der Staatsanwaltschaft vorliegen.

Spuren eines Verbrechens?

Ein Fund von blutbefleckten Kleidungsstücken beschäftigt seit längerer Zeit die Berliner Kriminalpolizei. An einem Vormittag zwischen 10 und 11 Uhr kam eine offene Autodroschke vom Molkenmarkt her über die Mühlendammbrücke langsam gefahren. Gleich hinter dem Sparkassengebäude erhob sich der einzige Fahrgast, der im Fond saß und schleuderte mit beiden Händen ein größeres Paket über den breiten Bürgersteig und das Geländer hinweg in die Spree. Das Stauwehr fing es auf. Der Fahrgast setzte sich wieder und die Droschke fuhr weiter. Ein junger Mann, der den Vorgang beobachtete, lief sofort zum Schleusenmeister und machte ihm Mitteilung. Er eilte dann zurück, um, wie er sagte, die Schutzpolizei zu benachrichtigen. Das tat er jedoch, wie später festgestellt wurde, nicht und ließ auch nichts mehr von sich sehen oder hören. Der Schleusenmeister holte nun das Paket aus dem Wasser heraus. Die Papierhülle hatte sich gelöst und vollgesogen, war schon untergegangen und wurde nicht mehr gefunden. Der Inhalt, der geborgen werden konnte, bestand aus getragenen Kleidungsstücken, einem grauen Jakettanzug und einer grau-grün karierten Sportmütze. Sie wurden der Untersuchungsstelle des Polizeipräsidiums übergeben, und hier stellte Prof. Dr. Brüning Spuren von Menschenblut fest, die sich auf der rechten Seite des Jaketts oben vom Kragen nach der Schulter zu und herunter bis zum halben Aufschlag erstrecken. Nach diesem Befund scheint das Blut von einem Stich in die rechte Halsseite oder von einem Schuß herzurühren. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Kleidungsstücke zur Verdunkelung eines Verbrechens ins Wasser geworfen worden sind. Ihre Herkunft ist noch nicht ermittelt. Angaben zur Aufklärung nimmt die Dienststelle B. I. 3 in Zimmer 103 des Polizeipräsidiums entgegen.

Das Winterfest, das der Verband der Lithographen und Steindrucker am Sonnabend in der Philharmonie veranstaltete, brachte im Rahmen einer Abendfeier ein erlesenes Programm des Philharmonischen Orchesters. Konzertmeister v. d. Berg spielte ein Violinkonzert von Mendelssohn und Leonhard Kern von der Staatsoper sang unter großem Beifall u. a. den Prolog aus „Bajazzo“. Ein bunter Abend, der bei Tanz und Kabaretivorträgen die Gäste bis zum Morgengrauen zusammenhielt, schloß sich dem ernsten Konzertteil an. In allen Sälen war Hochbetrieb. Der Verband hat mit dem Winterfest bewiesen, daß er für seine Mitglieder nicht nur materiell, sondern auch in ideeller und gesellschaftlicher Hinsicht gut zu sorgen versteht.

Schwere Sturmfahrt des „Leviathan“.

Wie aus New York gemeldet wird, ist gestern der Leviathan, der ehemalige deutsche Dampfer Vaterland, mit 24stündiger Verspätung in New York angekommen. Das Schiff hatte eine sehr schwere Ueberfahrt, da starker Sturm herrschte. Der Sturm war so heftig, daß durch das heftige Schlingern, denn das Riesenschiff ausgesetzt war, 50 Passagiere und 17 Mann der Besatzung verletzt worden sind. Die Passagiere haben nur während einer einzigen Nacht einige Stunden schlafen können.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 tr.

Alle Kameradschaften haben im Laufe des Donnerstag, den 4. d. M., die letzten Flugblätter und Handzettel abzuholen. Die Kassierer müssen unverzüglich die Eintrittskarten für die republikanische Siegesfeier im Sportpalast abholen. — **Kameradschaft Mitte.** Die gesamte Kameradschaft trifft sich abends 6½ Uhr im Gaubureau. — **Kameradschaft Wedding.** Der Turnabend am Donnerstag, dem 4. d. M., fällt aus. Donnerstag, den 11. d. M. beginnen die Turnabende wieder. — **Kameradschaft Wilmersdorf.** Von Mittwoch, dem 3. d. M. bis einschl. Sonnabend, dem 6. d. M. jeden Abend 6½ Uhr: Antreten zur Autopropagandafahrt bei Kreis Hohenzollernstraße Ecke Geisbergstraße. Sonntag, den 7. d. M.: Antreten 9½ Uhr vormittags, Fehrbelliner Platz, zur Autofahrt bis zur Dunkelheit. Es ist Pflicht eines jeden Kameraden, diese Veranstaltungen mitzumachen. — **Kameradschaft Köpenick und Untergruppen.** Saalschutz. Freitag, den 5. d. M. Treffen abends 7 Uhr vor der Körnerschule. — **Kameradschaft Petershagen-Friedersdorf.** Freitag, den 5. d. M., abends 8 Uhr, im Lokal „Alter Dessauer“ Reichsbannerversammlung. — **Kameradschaft Niederschöneweide — Untergruppe Adlershof.** Die Kameraden treffen sich am Freitag, dem 5. d. M., abends 7½ Uhr vor dem Restaurant Wölkstein, Bismarckstraße, zum Saalschutz. — **Kameradschaft Wedding.** Freitag, den 5. d. M., abends 6 Uhr, Saalschutz. Pharusstile. 2. Abteilung inkl. 5. Korporalschaft der 1. Abteilung. Abends 6½ Uhr, Gesundbrunnen Str. 5, Schulaula, 1. Abteilung ohne 5. Korporalschaft. Pünktliches Antreten notwendig.

Gewerkschaftsbewegung

Wie die Unternehmer das Volk einschätzen.

„Der Arbeitgeber", das Organ der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, veröffentlicht an leitender Stelle einen Artikel über „Die Arbeitszeitfrage und die Lohnpolitik" von Generaldirektor Dr. Eichberg, demselben, der vor einiger Zeit die Ehre hatte, im Namen der Vereinigung und des Reichsverbandes der deutschen Industrie das Wahlprogramm der Unternehmer bezüglich der Arbeitszeitfragen und der Lohnpolitik zu verkünden. Generaldirektor Dr. Eichberg macht zunächst eine Verbeugung vor dem Achtstundentag, den er „eine ethische Forderung" nennt. Der Teil 13 des Versailler Vertrages mit seinem Versprechen des internationalen Achtstundentages konnte für Deutschland nicht besonders unangenehm sein, da er ja „eine Bürde für alle oder für keinen" sei. Die deutschen Unternehmer könnten diese ethische Forderung des Achtstundentages" ohne weiteres unterschreiben".

Heute aber müsse man sich klar sein, ob man diese „ethische Forderung" noch gutheißen könne! Denn inzwischen sei das Dawes-Gutachten in Wirksamkeit getreten. Es geniert den Herrn Generaldirektor sehr wenig, daß das Dawes-Gutachten eine außerordentliche Erleichterung für Deutschland gegenüber dem Vertrag von Versailles bedeutet. Er hat die platonische Verbeugung vor dem Achtstundentag nur gemacht, um sagen zu können, daß wir für die nächsten Jahre diese ethische Forderung zurückstellen und klar und deutlich sagen müssen, daß die Ratifikation des Washingtoner Abkommens für uns eine völlige Unmöglichkeit ist."

Der Generaldirektor Eichberg, der offenbar zu den Spaßmachern mit der Leichenbittermiene gehört, spricht von den „unendlich schweren Opfern", die die Industrie während der Inflation gebracht habe und was den Unternehmern der Uebergang zur festen Währung gekostet hätte. Deshalb dürfe man nicht wieder zu einer Inflation zurückkehren und gegenüber den Lohn- und Gehaltsforderungen „das notwendige Rückgrat" beweisen. Darüber hinaus, sagt der Herr Generaldirektor, hätten die Unternehmer noch „eine Reihe von anderen Forderungen zu stellen". Vor allen Dingen müsse „mit der Veröffentlichung und auch mit der Aufstellung der sogenannten Indexziffer gründlich Wandel geschaffen werden".

Wenn man diesen Satz liest, dann fragt man sich überrascht, ob denn auch die Unternehmer eingesehen haben, daß es mit der handgreiflich falschen Indexberechnung des Statistischen Reichsamtes nicht mehr so weitergehen kann. Aber der Herr Generaldirektor beliebte nur zu scherzen. Wörtlich schreibt er:

„Wenn ein Körper fieberkrank ist, und wenn man nicht weiß, wie das Ende kommen wird, dann mag es ja volle Berechtigung haben, daß man jede Stunde und jeden Tag die Fiebertemperatur mißt. Wenn aber ein Körper sich so widerstandsfähig erwiesen hat, wie der deutsche Wirtschaftskörper in diesem Jahre (unter dem deutschen Wirtschaftskörper versteht der Herr Generaldirektor natürlich das Kapital) und so bereit ist, alle Krankheitserscheinungen bei sich auszumerzen, dann soll man ihm nicht jeden Augenblick die Schwankungen der Temperatur vorweisen, schon aus psychologischen Gründen, um dem Volk nicht immer wieder zu sagen: Hier bist du wieder einmal wohl ein bißchen kränker als du vor ein paar Stunden warst. . . Ich bin also der Auffassung, daß wir dahin wirken sollen, daß die Veröffentlichungen dieser Indexziffern in weit größeren Abständen, vielleicht alle Vierteljahre, erfolgen."

Wir wagen zu hoffen, daß der Herr Generaldirektor in seinem nächsten Artikel den Vorschlag machen wird, das Statistische Reichsamt aufzulassen, da seine Tätigkeit „schon aus psychologischen Gründen" für das deutsche Volk nur schädlich ist. Wir sind überzeugt, daß der Generaldirektor Eichberg von seinesgleichen für außerordentlich klug gehalten wird. Wahrscheinlich deshalb, weil er seine Mitmenschen und insbesondere die Arbeiter für außerordentlich dumm hält. Eine Widerlegung der Ausführungen des Generaldirektors wäre beinahe eine Beleidigung unserer Leser. Es genügt vollkommen, sie der weiteren Oeffentlichkeit zugänglich zu machen.

Das sind nun die Geistesriesen unter den Unternehmern, die sich vermessen, Deutschland zu regieren, seine Geschicke nach innen und außen zu leiten. Mit solchen Mätzchen aus der Kinderstube glaubt man das deutsche Volk und die gesamte Welt täuschen zu können. Denn daß es dem Herrn Generaldirektor und seinen Kollegen nur auf die Täuschung des deutschen Volkes ankommt, spricht aus jedem Wort dieser Unternehmerweisheit. Im übrigen werden die Herren von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände am 8. Dezember feststellen können, daß das deutsche Volk nicht so dumm ist, wie sie selbst schlau zu sein glauben.

Die „hohen" Beamtengehälter.

In Preußen noch niedriger als im Reich.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hat an das preußische Staatsministerium eine Eingabe gerichtet, in der er auf die durch das Reichsfinanzministerium verbreitete Behauptung hinweist, daß die Gehälter der Beamten nach der letzten Besoldungsregelung bereits die Friedensgehälter überschritten hätten. In der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß vom Reichsfinanzministerium selbst die durch die Reichsindexziffer unvollkommen ausgedrückte Teuerung nicht berücksichtigt wird. Die Eingabe weist weiter darauf hin, daß das Reichsfinanzministerium die Frauen- und Kinderzulage einbezieht, die 1914 nicht bestand und die gegenwärtig der Unverheiratete selbstverständlich nicht bekommt. Wollte man einen Vergleich mit den Gehältern von 1914 ziehen, dann müßte entweder die Familienzulage auf die Gehälter von 1914 zugeschlagen werden, oder es dürfte das Friedensgehalt nur mit dem Ledigengehalt von heute verglichen werden. Bei einem derartigen Vergleich bleiben mit wenigen Ausnahmen die Gehälter der Reichsbeamten hinter den Friedensbezügen zurück. Wenn man aber noch die Teuerung in Rechnung setzt, die mit 50 Proz. angenommen werden müsse, dann beziehen die unteren und mittleren Beamten zum größten Teil nur die Hälfte ihres Realeinkommens vor dem Kriege. Soweit die preußischen Beamten in Frage kommen, beziehen diese nicht einmal die ungenügenden Gehaltssätze der Reichsbeamten. Der Landesausschuß Preußen des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes fügt seiner Eingabe ein eingehendes Zahlenmaterial bei und schließt:

Wir fordern nunmehr von dem preußischen Staatsministerium einen Ausgleich in der Weise, daß zunächst die Gehälter der preußischen Beamten denen der Reichsbeamten gleichgesetzt werden und daß überall da eine entsprechende Erhöhung vorgenommen wird, wo eine Differenz zuungunsten der gleichartigen preußischen Beamten besteht.

Des weiteren aber fordern wir von dem preußischen Staatsministerium, daß es auf die Reichsregierung einwirkt, um eine schnelle Neuordnung der Besoldungsverhältnisse herbeizuführen, wobei besonders die Folgen der unsozialen Regelung vom 1. Juni 1924 im Interesse der unteren und mittleren Beamten getilgt werden müssen.

Wir ersuchen um Verhandlungen und bitten uns einen Tag anzugeben, an welchem wir Vertreter zum Staatsministerium schicken sollen, erklären aber von vornherein, daß wir uns mit einer dilatorischen Behandlung der Frage nicht zufrieden geben und in der nächsten Woche beim preußischen Staatsministerium vorsprechen werden, um den Stand der Angelegenheit zu erfahren.

In Preußen wie im Reich wird der Ausgang der Wahlen entscheiden, wie die Antwort ausfällt. Das mögen die Beamten am 7. Dezember nicht vergessen.

Unterbringung der stillgelegten Bergleute.

Bochum, 2. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Im Laufe der letzten Monate konnten etwa 6000 Bergarbeiter im Wege des zwischenörtlichen und zwischenbezirklichen Arbeitsmarktausgleichs nach den aufnahmefähigen Zechen des nördlichen und westlichen Randgebietes und mehrere Hundert nach Zechen des Wurmreviers vermittelt werden, wobei natürlich die durch die Zechenstillegungen besonders schwer betroffenen südlichen Randgebiete des Ruhrgebiets vorzugsweise Berücksichtigung fanden. Die Hauptschwierigkeiten für eine weitere Umschichtung der erwerbslos gewordenen Bergarbeiterbevölkerung ist in den schwierigen Wohnungsverhältnissen zu suchen. Da sie in Kürze nicht gebessert werden können, muß vor allem eine wirksame Verbesserung der Verkehrsverhältnisse durch Einlegung von Arbeiterzügen, Organisation von Automobilverbindungen usw. herbeigeführt werden. Gegenwärtig wird die Zahl der noch arbeitsuchenden Bergarbeiter im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau mit etwa 10000 angegeben.

Einigung in München-Gladbach.

In der Streitsache zwischen den Angestelltengewerkschaften und den Vereinigten Arbeitgeberverbänden der Textilindustrie von München-Gladbach, Rheydt und Umgebung ist unter dem Vorsitz des staatlichen Schlichters in erneuten Verhandlungen keine Einigung zustandegekommen. Die Gewerkschaften haben das neue Abkommen bereits anerkannt. Die Arbeitgeberverbände sollen sich bis zum 4. Dezember entscheiden.

Nachzahlung für Eisenbahner im besetzten Gebiet.

Recklinghausen, 3. Dezember. (Eca.) Die bisher in Franken entlohnten Eisenbahner des besetzten Gebiets konnten bei der letzten Lohn- und Gehaltszahlung den Unterschied zwischen Franken- und Reichsmarkzahlung infolge stärkerer finanzieller Hemmungen bei der Reichsbahn noch nicht erhalten. Die von der Reichsbahnaktiengesellschaft vom besetzten Gebiet übernommenen Eisenbahner erhalten selbstverständlich dieselbe Reichsmarkentlohnung wie im unbesetzten Gebiet. Die Differenzen zwischen Franken- und Reichsmarkzahlung sind grundsätzlich von der Reichsbahnaktiengesellschaft und ebenso vom Ausschuß für die besetzten Gebiete genehmigt worden. Sie werden, wie Reichsminister Dr. Hoefle bei seinem Aufenthalt in Recklinghausen versicherte, bestimmt nachgezahlt. Nach Zusammentritt des Reichstags wird der Ausschuß für die besetzten Gebiete erneut die Frage behandeln und für eine baldige Regelung Sorge tragen. (Ja, wenn die Sozialdemokraten einen ausschlaggebenden Einfluß haben.)

Forderungen der österreichischen Beamten.

Wien, 3. Dezember. (WTB.) Gestern mittag überbrachte der Vollzugsausschuß der Beamtenorganisation dem Bundeskanzler eine Reihe von Forderungen der Beamten, darunter die Forderung nach einem Monatsgehalt als Weihnachtsgabe und erhob bei dieser Gelegenheit auch Einspruch gegen die Verlängerung des mit Ende des Jahres ablaufenden Abbaugesetzes.

Ministerpräsident Dr. Ramek erklärte zu den Forderungen, es bestehe eine Zwangslage, der Staat verfüge nur über geringe finanzielle Mittel, andererseits erfordere die Notlage der Beamtenschaft zweifellos Abhilfe. Er werde nach einem Mittelweg suchen.

Wie die TU. berichtet, ist die Regierung entschlossen, den Bundesangestellten zu Weihnachten 18 Proz. ihres Monatsgehaltes als Remuneration zu zahlen.

Streik der elsässischen Kalibergarbeiter.

Paris, 3. Dezember. (Eca.) Wie aus Mülhausen gemeldet wird, deutet alles daraufhin, daß heute morgen auf den elsässischen Kaligruben der Generalstreik zum Ausbruch kommt. Die Grubenverwaltung hat sich geweigert, mit der Bergarbeitergewerkschaft in Verhandlungen einzutreten. Bereits gestern morgen ist ein Teilstreik auf der Kaligrube St. Therese ausgebrochen, und zwar infolge der Entlassung von drei Arbeitern. Die Generalstreikparole ist für heute morgen ausgegeben worden. An dem Streik würden etwa 6000 Bergarbeiter beteiligt sein.

Zigarettenindustrie. Freitag, nachm. 3½ Uhr bei Schulz, Berlin, Elisabethstraße 30: Sitzung sämtlicher Funktionäre der Zigarettenindustrie. Kartellvorstand und Beirat eine Stunde früher.

Wirtschaft

Der Landbund als Händler.

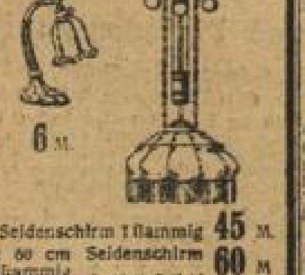
Die dem Reichslandbund gehörige Bank für Landwirtschaft hat, wie wir bereits angekündigt haben, die Potsdamer Kreditbank übernommen. Auf der gestrigen Generalversammlung der Potsdamer Kreditbank wurde nun die Fusion beschlossen. Durchgeführt wird sie durch Aktienumtausch. Die Potsdamer Kreditbank wird nun neben ihrem bisherigen Titel die Bezeichnung „Filiale der Bank für Landwirtschaft" führen.

Bei dieser Gelegenheit kam auch eine Transaktion zur Sprache, die schon länger zurückliegt und über die wir ebenfalls seinerzeit berichtet haben, die gleichwohl interessant genug ist, um sich gerade jetzt an sie zu erinnern. Der Reichslandbund hat bekanntlich auf seinem Programm die Forderung stehen, daß er die landwirtschaftliche Produktion fördern und den Weg der Ackerfrucht vom Erzeuger zum Verbraucher verkürzen will. Offenbar zum Zweck der landwirtschaftlichen Produktionsförderung hatte man seinerzeit ein Kalibergwerk, das Kaliwerk Ummendorf-Eilsleben erworben. Wird nun auch für die Landwirtschaft Kali produziert? — Nein! Man hatte sich mit dem Ankauf gründlich hineingelegt, weil das Werk nicht die geeigneten Salze enthielt. Daraufhin hat der Reichslandbund das Kaliwerk stillgelegt und die Beteiligungsquote am Absatz an die Wintershallgruppe auf 30 Jahre verkauft. Aus dem beabsichtigten Produktionsgeschäft ist ein Handelsgeschäft geworden, dessen sich keiner der vom Landbund vielgeschmähten „jüdischen Kapitalisten" zu schämen brauchte. Wir möchten es dahingestellt sein lassen, ob der Landbund damit wirklich wirtschaftlich gehandelt hat. Fest steht jedoch, daß er in diesem Falle die Händlersitten des Bankkapitals sich gründlich zu eigen gemacht hat.

Maschinenbau-Anstalt Humboldt Köln-Kalk. Die Maschinenbauanstalt Humboldt bietet in ihrem Geschäfts- und Umstellungsbericht ein typisches Beispiel für den Widerspruch zwischen der kurzsichtigen Dividendenlogik der Unternehmer und dem wirklichen Interesse der Unternehmung, wie es sich bei volkswirtschaftlicher Betrachtung darstellt. Der Geschäftsbericht für das Rechnungsjahr 1923/24 macht den „zu hohen" Stabilisierungskurs der Mark für den Verlust der Konkurrenzfähigkeit im Auslande verantwortlich und glaubt die Wiedereinführung der 54—57-Stundenwoche als das einzige Mittel bezeichnen zu dürfen, das Werk überhaupt noch zu halten. Nun liegt das Absatzgebiet der Humboldtwerke hauptsächlich im Kohlenbergbau, in den Hüttenkonstruktionen der schweren Industrie und der deutschen Reichseisenbahn. Die Gründe für die Verschlechterung der Konjunktur liegen auf der Hand. Die Kohlen- und Schwerindustrie Deutschlands nicht nur, sondern der ganzen Welt ist mit Anlagen übersetzt. (Die Anlageübersetzung wurde kürzlich auf mindestens 50 Proz. geschätzt.) Die Deutsche Reichsbahn ist gezwungen, um jeden Preis zu den geringstmöglichen Kosten zu arbeiten, gerade um die Industrie von Reparationssteuern durch hohe Ueberschüsse zu entlasten. Dazu macht die furchtbare Dezimierung des Volkseinkommens in Deutschland, von der der Humboldt-Klöckner-Kreis ja „profitiert" hat, den verfahrbaren Tonnen- und Personenkilometer der Reichsbahn um so kleiner, je stärker das Volkseinkommen gesenkt bleibt. In volkswirtschaftlicher Betrachtung würde es für die Humboldtwerke geradezu von entscheidender Bedeutung sein, wenn der Inlandsabsatz, d. h. die Kaufkraft der arbeitenden Massen gesteigert würde, mit anderen Worten, wenn der riesenhafte zurückgehaltene Bedarf an Wohnungsbauten, Wohnungseinrichtungen, Einrichtungsersatz, Kultur- und Verkehrsbedarf auf dem Wege über die deutsche Bau- und Fertigindustrie für die Maschinenbauanstalten fruchtbar gemacht würde. Zum mindesten könnten dann die vorhandenen Anlagen restlos zur rentablen Ausnutzung gebracht werden. Wenn man den im besetzten Gebiet liegenden Humboldtwerken, die gewiß unter dem (leider aus ihrem Interessenkreis nur zu sehr geförderten) Ruhreinbruch zu leiden hatten, auch die beträchtliche Kapitalzusammenlegung von 20,1 Millionen (1914) auf 12,5 Millionen (2,4 Millionen Reserven) nachfühlen kann, so offenbart sich doch ihr kurzsichtiger Unternehmerzorn über die gefährdete Dividende nachgerade als volkswirtschaftliche Gefahr. — Im übrigen haben die Humboldtwerke fast acht Goldmillionen reinen Inflationsgewinn aus Obligationen zu verzeichnen, und in ihren Aktiven stecken so erhebliche Reserven, daß sie um reichliche Kredite nicht in Verlegenheit zu kommen brauchen, wenn sie nur zu ihrem Teil für den Wiederaufbau des inneren Marktes sorgen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Sikorn; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Siegel & Co.
Prinzenstr. 33



6 M.
m. Seidenschirm 1flammig 45 M.
mit 60 cm Seidenschirm 4flammig . . . . . 60 M.
Auf Wunsch kulante Zahlungsbedingungen ohne Preisaufschlag
Größtes Musterlager Berlins für Gas und Elektrisch

NUR Haarlemer-Oel
G. de Koning Tilly.
mit Gold-Medaillen, garantiert aus Haarlem import.
uralte Heilmittel
ist das Echte
gegen viele Krankheiten
in Fläschchen, in Gelatinekapseln, in Salbe.
Nachahmungen weise man zurück!
Original-Fabrikate in folgenden Apotheken erhältlich: Chausseestr. 93, Schloßstr. 106, Frankfurter Allee 332, Bergstraße 99, Berliner Allee 249, Landsberger Str. 30, Reichenberger Str. 172, Yorkstr. 18, Prinzenstr. 102, Grüner Weg 94, Wrangelstr. 48, Leipziger Str. 91, Neue Königstr. 30, Großbeerenstr. 11, Rügener Str. 11, Fehrbelliner Str. 16, Roßstr. 26, Kolonieстr. 1

Fahrräder und Nähmaschinen
Auf Teilzahlung
Zettha, Berlin
Leichtmetallräder
Oranienburger Strasse 65

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
— Fernsprecher: Norden 1198 —
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen - Preiswerte, gediegene Arbeit

Das praktische Weihnachtsgeschenk!

Eine Tafelwage
Keine Tellerwage mit Federn, nur die gezeichte Tafelwage verbürgt dauernd richtiges Gewicht. Große Auswahl zu billigsten Preisen finden Sie bei G. Wagner, Köpenicker Str. nur Nr. 71 Hof, kein Laden

Pelz
Kottbuser Straße 5
Stoffe für Anzüge, Kostüme, Mäntel, Kleider, Seiden-Stoffe
Größte Auswahl
Konfektion
Mäntel, Kostüme, Röcke
Gut - Reell - Billig!
2% Rabatt für Mitglieder

NEU! NEU!
ADOLF HOFFMANN
„. . . der Jude wird verbrannt"
REISE - ERLEBNISSE
mit Bildern von Fritz Wolff. 40 S. stark nur 35 Pf.
12000 Stück in drei Tagen verkauft!
A. Hoffmanns Verlag GmbH.
Berlin O, Blumenstraße 22
Auch in ed Buchhandlung erhältl.

HOLZHÄUSER
von 500 Mk. an. Schuppen, Hallen, Garagen etc. liefert preiswert kurzfristig
Holzhausbau Littmann
N 54, Lothringerstrasse 11/88
Norden 5229-71

Pelzhaus Abuco
Schakal, Wölfe von 35,— Mk., Füchse von 75,— Mk.
Leipziger Straße 58.

Ph. Brand & Co. Weingroßhandlung
Berlin SW. 68, Lindenstr. 3 (V.)
Dönhoff 1200-1201
empfehlen als besonders preiswert
1922er Palzemer Karlsberg zu M. 0,75
die Flasche ohne Glas und ohne Steuer
Preisliste zu Diensten